Stand: 08.11.2026 21:41:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/29330

"Grenzen schützen - unkontrollierte Massenmigration beenden!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/29330 vom 13.06.2023
2. Beschluss des Plenums 18/29403 vom 14.06.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 147 vom 14.06.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 13.06.2023 **Drucksache** 18/**29330**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Grenzen schützen – unkontrollierte Massenmigration beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die EU-Außengrenzen auch weiterhin entschlossen verteidigt werden, um die anhaltende Einwanderungsbewegung zum Schutze der Bürgerinnen und Bürger in der EU, in Deutschland und in Bayern aufzuhalten und dafür Sorge zu tragen bzw. darauf hinzuwirken, dass auf den jeweils zuständigen Ebenen die folgenden Punkte umgesetzt werden:

– Es werden unverzüglich bilaterale Vereinbarungen zwischen Deutschland und den EU-Mitgliedstaaten, durch die bekannte Flüchtlingsrouten verlaufen, getroffen, um die Grenzen zu festigen und zu überwachen. Im Rahmen dieser Vereinbarungen werden finanzielle Mittel bereitgestellt und bei Bedarf zusätzliches Personal eingesetzt, um einen verstärkten Grenzschutz zu gewährleisten.

– Auf nationaler und EU-Ebene werden alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die Beteiligung Deutschlands an der gemeinsamen Politik im Bereich Asyl, dem subsidiären Schutz und dem vorübergehenden Schutz (gemäß Art. 67 Abs. 2 und Art. 78 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)) zu beenden. Dies erfolgt durch ein Opt-Out-Verfahren, ähnlich dem Modell Dänemarks. Anschließend wird der Aufbau eines umfassenden Grenzschutzes an den Außengrenzen der EU unterstützt, der durch konsequente Zurückweisung illegaler Grenzübertritte gewährleistet wird. Das Ziel besteht darin, die Freizügigkeit innerhalb der EU aufrechtzuerhalten und Grenzkontrollen an der deutschen Grenze überflüssig zu machen.

– Im Zuge des geplanten Solidaritätsmechanismus der EU-Innenministerkonferenz vom 08.06.2023 verzichtet Deutschland auf die Aufnahme weiterer Flüchtlinge.

– Auf EU-Ebene wird darauf hingewirkt, dass entgegen dem Beschluss der EU-Innenministerkonferenz vom 08.06.2023 unbegleitete Kinder und Jugendliche nicht direkt in die EU einreisen können, sondern ebenfalls das standardisierte Grenzverfahren durchlaufen müssen, bevor sie ggf. einreisen dürfen.

– Auf EU-Ebene wird darauf hingewirkt, die Errichtung von Asylzentren außerhalb des Unionsterritoriums zu ermöglichen, um Asylverfahren vor Ort in der jeweiligen Krisenregion durchführen zu können.

– Die Staatsregierung unterrichtet den Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zeitnah, dauerhaft, schriftlich und proaktiv über lagerelevante Ereignisse zum Migrationsgeschehen an den Bayerischen Außengrenzen.

– Auf Bundesebene wird halbjährlich ein Bericht darüber veröffentlicht, ob die Voraussetzungen für die Einstufung der in Anlage II Asylgesetz (AsylG) bezeichneten Staaten als sichere Herkunftsstaaten weiterhin vorliegen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– Zur Verhinderung weiterer illegaler Grenzübertritte nach Deutschland und Bayern, werden temporäre stationäre Grenzkontrollen zur durchgehenden Sicherung der Binnengrenzen, insbesondere mit Blick auf Polen, Tschechien und der Schweiz eingeführt.

– Die Bereitschaftspolizei wird verstärkt an die grenznahen Bereiche zu Österreich, Polen, Tschechien und der Schweiz verlegt, sodass in enger Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, zusätzliche Kontrollstellen zur Überwachung der illegalen Einreise sowie der Schleuserkriminalität eingerichtet werden.

– Der Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei zur Bekämpfung illegaler Migration und grenzüberschreitender Kriminalität wird gesetzlich auf 50 km an den Landesgrenzen und im Seebereich auf 80 km ausgeweitet.

– Die bayerischen Abschiebebehörden werden personell und materiell insoweit verstärkt, dass vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer mit Rechtskraft ihrer Ausreiseverpflichtung binnen 6 Monaten abgeschoben werden können. Zu diesem Zweck wird der Freistaat ein Passagierflugzeug beschaffen, das eine reibungslose Abschiebung gewalttätiger Ausländer ermöglicht. Das Flugzeug wird der Bundespolizei sowie den Polizeien weiterer Bundesländer zum Zwecke der Abschiebung zur Verfügung gestellt.

– Ab dem Moment der rechtskräftigen Ausreiseverpflichtung werden die vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer, sofern sie der Ausreiseverpflichtung nicht nachkommen können oder wollen, binnen Monatsfrist ausnahmslos in den zentralen Abschiebezentren des Freistaates untergebracht. Es erfolgt gleichzeitig die sofortige und ausnahmslose Umstellung auf Sachleistungen. Sonstige Bezüge werden vollumfänglich eingestellt.

– Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wird erheblich erweitert, um auch auf Ausländer mit Asylstatus anwendbar zu sein. Gemäß der Erweiterung werden Leistungen zur Deckung des notwendigen Bedarfs ausschließlich in Form von Sachleistungen gewährt, um Anreize für Wirtschaftsmigration zu reduzieren. Falls in Ausnahmefällen vom strikten Sachleistungsprinzip abgewichen werden muss, ist vorgesehen, unbare Geldleistungen anzubieten, beispielsweise in Form von Prepaid-Karten, Geldkarten und Wertgutscheinen, die ausschließlich in Deutschland verwendet werden können.

Begründung:

Die unkontrollierte Migrationspolitik in Deutschland ist gescheitert und hat zu einer besorgniserregenden Lage geführt, die effektive Maßnahmen erfordert. Um die zunehmende Einreise weiterer illegaler Asylbewerber zu verhindern, müssen daher Pull-Faktoren abgeschafft, Abschiebeverfahren beschleunigt und Grenzkontrollen sowohl an den Bundes- als auch an den EU-Außengrenzen verstärkt werden.

Insbesondere der Missbrauch von Sozialleistungen, der eine Attraktivität für Wirtschaftsmigranten schafft, muss ausgeräumt werden. Die großzügigen Sozialleistungen in Deutschland, insbesondere das frei verfügbare Taschengeld von bis zu 162 Euro monatlich, stellen einen Anreiz dar, der über die Leistungen anderer EU-Staaten weit hinausgeht. So stellt Italien monatlich lediglich etwa 75 Euro zur Verfügung, in Österreich sind es sogar nur etwa 40 Euro. Durch das bestehende AsylbLG ist es den Empfängern möglich, Geldleistungen zweckentfremdet in ihre Heimatländer zu transferieren, was in manchen Ländern sogar zu einem erheblichen Teil zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beiträgt. Um den Zustrom von Wirtschaftsmigranten daher konsequent zu begrenzen, sollten Geldleistungen auf Sachleistungen und unbare Geldleistungen umgestellt werden.

Die unkontrollierte Asylzuwanderung, wie wir sie in den letzten Monaten und Jahren erlebt haben, hat viele Kommunen über die zumutbare Grenze hinaus belastet. Infrastruktur, insbesondere die Unterbringung, aber auch die medizinische Versorgung einer alternden Gesellschaft und die mangelnde Integration, ist für viele Kommunen nicht

mehr tragbar und wirkt sich negativ auf die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit Deutschlands aus. Die Bevölkerung ächzt unter gestiegener Gewalt von Asylbewerbern und Ausländern, die noch immer als Einzelfälle deklariert werden, unter inflationären Preisen u. a. durch eine missglückte Energiewende, einem fragilen Arbeitsmarkt und einem kränkelnden Gesundheitssystem, das aufgrund der rapide gestiegenen Anzahl an ausländischen Leistungsbeziehern, die nie in das System einbezahlt haben, zu kollabieren droht.

Zudem ist Sekundärmigration mit dem Ziel Deutschland ein wichtiger Faktor, der unser Sozialsystem belastet sowie den Glauben an eine geordnete und gerechte Verteilung zwischen den EU-Staaten ins Wanken bringt. Grenzkontrollen an den Bundes- und EU-Außengrenzen werden dazu beitragen, Migration zu kontrollieren und zu regulieren. Außerdem wird sichergestellt, dass die Einwanderung auf legale und sichere Weise erfolgt, wodurch der Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlingen überwacht und damit die Verteilung koordiniert werden kann.

Des Weiteren werden vorübergehende Grenzkontrollen dazu beitragen, illegale Aktivitäten wie Drogenhandel, Menschenhandel und Terrorismus einzudämmen. Sie stellen ein vernünftiges Mittel zur Koordinierung und Feststellung der legalen Einreise sowie zum Erhalt der öffentlichen Ordnung dar. Dass Grenzkontrollen derzeit dringender denn je geboten sind, zeigt sich nicht zuletzt an den jüngst von der Bundespolizei veröffentlichten Zahlen zur unerlaubten Einreise und zur Schleuserkriminalität. Konnten 2021 noch 2 132 Schleuser festgestellt werden, waren es 2022 bereits 2 728, eine Steigerung von fast 28 Prozent. Dieser Trend setzt sich auch im Jahr 2023 fort, so wurden bereits im Januar ca. 10 Prozent mehr Schleuser festgestellt als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Weit deutlicher fiel die Steigerung im Bereich der unerlaubt eingereisten Personen aus, hier wurden allein im Januar 2023 mehr unerlaubte Einreisen festgestellt als in den Vergleichsmonaten der beiden Vorjahre zusammen, in Zahlen 7 587. Insgesamt sprach die Bundespolizei bereits zu Beginn des Jahres 2023 von einer Steigerung von über 70 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Zunahme sowie die Gesamtzahl der illegalen Einreisen von über 57 000 im Jahr 2021 auf fast 92 000 im Jahr 2022 verdeutlichen, wie dringend Grenzkontrollen einzuführen sind, die den Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlingen nach Bayern, Deutschland und die EU beherrschbar machen, ihn koordinieren und dazu beitragen illegale Einreisen zu verhindern.

Ein weiterer wesentlicher Handlungsaspekt liegt im Bereich der unzureichenden Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern und ausreisepflichtigen Personen. Ein erschreckendes Beispiel dafür ist Bayern, wo im Jahr 2022 lediglich etwa 2 000 Personen abgeschoben wurden, während über 29 900 Ausreisepflichtige mit Duldung und weitere 9 200 ausreisepflichtige Personen ohne Duldung im Land lebten. Bundesweit befinden sich sogar über 300 000 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland, von denen fast 60 000 keine Duldung besitzen und abgeschoben werden müssten. Es ist dringend erforderlich, ein restriktives Abschieberegime einzuführen, das auf dem Prinzip der schnellstmöglichen Ausweisung und Abschiebung basiert, um das Asylrecht effektiv durchzusetzen und die Sicherheit der deutschen Bürger zu gewährleisten.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 14.06.2023 **Drucksache** 18/**29403**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 18/**29330**

Grenzen schützen – unkontrollierte Massenmigration beenden!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Richard Graupner
Abg. Karl Straub
Abg. Alexander Hold
Abg. Toni Schuberl
Abg. Alexandra Hiersemann
Abg. Martin Hagen

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Grenzen schützen - unkontrollierte Massenmigration beenden! (Drs. 18/29330)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Richard Graupner das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Migrationskrise ist das dringendste, weil schicksalsentscheidende Problem unseres Landes und unseres Volkes. In Deutschland wurden im letzten Jahr EU-weit mit Abstand die meisten Asylanträge gestellt, fast 230.000. Das ist die höchste Zahl seit 2016. Die Tore für Illegale sind weiterhin weit offen. Es sind vor allen Dingen unsere Kommunen und die Bürger vor Ort, die ausbaden müssen, was eine volksvergessene und migrationsbesessene Politik ihnen eingebrockt hat.

Aber letztlich werden viele Weichenstellungen dieser Politik – das wissen wir – auf nationaler und auf EU-Ebene getroffen. Das Migrationsproblem beginnt bereits an der EU-Außengrenze, die löchrig ist wie ein Schweizer Käse. Es setzt sich fort über die Mitgliedsländer, welche die Migrantenströme mehr oder weniger einfach durchwinken auf deren Marsch nach Alamanya. Es kulminiert bei einer Bundesregierung, die weder willens noch in der Lage ist, diesen Migrantenströmen Einhalt zu gebieten, und bei lendenlahmen Unionsparteien, welche diese Zustände maßgeblich mit zu verantworten haben und außer lauwarmem Wahlkampfgetöse keine nennenswerte Gegenwehr leisten.

Der sogenannte Asylkompromiss, auf den man sich jetzt in Brüssel geeinigt hat, ist ein fauler Kompromiss, der weiterhin zulasten Deutschlands gehen wird. Es gibt weiterhin ungebremsten Zufluss aus Syrien und Afghanistan. Es gibt weiterhin 1,90 Meter große

bärtige Kinder und Jugendliche, die in das reguläre Asylverfahren aufgenommen werden. Es gibt Länder, die sich von der Asylantenaufnahme freikaufen können, und der Zeitpunkt der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen steht auch noch in den Sternen. All dies wird die weitere Massenüberfremdung Deutschlands nicht um einen Deut aufhalten.

Wir haben darum ein ganzes Paket konkreter Forderungen, wie wir die Migrationskrise in den Griff bekommen. Ich will hier nur die allerwichtigsten herausgreifen. Als erste Sofortmaßnahme müssen vorübergehend wieder stationäre Kontrollen an Deutschlands Grenzen eingeführt werden, und zwar lückenlos und durchgehend. Das ist eine Kernforderung der AfD, zu der sich wohl oder übel sogar die Innenminister der unionsgeführten Bundesländer durchgerungen haben. Zudem müssen endlich konsequent vollziehbar Ausreisepflichtige und Kriminelle abgeschoben werden. Ein eigenes bayerisches Abschiebeflugzeug wäre ein klares Signal und ein sichtbares Symbol am Himmel, dass wir endlich wieder Herr im eigenen Haus sind.

Aber diese Akutmaßnahmen werden nicht von Erfolg gekrönt sein, wenn sich auf europäischer Ebene nicht entscheidend etwas ändert. Solange dies nicht der Fall ist, muss Deutschland im Zuge des geplanten Solidaritätsmechanismus zunächst auf die Aufnahme weiterer sogenannter Flüchtlinge verzichten. Unser Boot ist voll. Wir brauchen jetzt eine Zuzugsobergrenze von exakt null.

Wir müssen zudem darauf hinarbeiten, Asylzentren vorzugsweise außerhalb des EU-Territoriums zu errichten, um Asylverfahren vor Ort in der jeweiligen Krisenregion durchführen zu können. Aber auch die besten Asylzentren funktionieren nur, wenn sie auch von den Migranten angesteuert werden. Darum muss Deutschland jede Unterstützung leisten, um einen effektiven Grenzschutz an den Außengrenzen der EU aufzubauen. Die Festung Europa darf kein leeres Wort bleiben, was die konsequente Unterbindung illegaler Grenzübertritte anbelangt. No way ist die Devise, welche sich von Kabul bis Kinshasa herumsprechen muss. Vor allem aber müssen wir erreichen, dass Deutschland seine Beteiligung an der derzeitigen gemeinsamen europäischen Asylpo-

litik beendet. Dies ist möglich. Das zeigt das Modell Dänemark. Hier ist nur der politische Wille entscheidend.

Meine Damen und Herren, die AfD ist die einzige politische Kraft, die sich dem grassierenden Migrationswahnsinn entschieden entgegenstellt. Wir sind nämlich der parlamentarische Arm des Volkswillens, und zwar nicht nur in migrationspolitischen Fragen. Die letzten Umfragen bestätigen dies glänzend. Das stellen wir auch heute wieder mit unserem Antrag unter Beweis. Die Altparteien wären gut beraten, unseren Vorschlägen zuzustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Herr Kollege Straub von der CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie die AfD meint, Flüchtlingspolitik ordentlich gestalten zu können, das ist schon ein Hohn. Man will also jetzt die Anschaffung eines bayerischen Flugzeuges tatsächlich als Lösung von Asylproblematiken verkaufen. Das ist geradezu lächerlich. Mir ist nicht bekannt, dass Rückführungen an Flugkapazitäten scheitern, sondern an vielen anderen Dingen. Das ist also der Höhepunkt des Populismus, nach außen hin zu suggerieren, wenn Bayern ein Flugzeug hätte, dann würden Abschiebungen besser funktionieren.

Sie haben Ihr wahres Gesicht gezeigt. Sie versuchen immer wieder, das mit gemäßigtem Ton zu machen. Das wahre Gesicht zeigen Sie dann, wenn Sie eine Asylobergrenze von null fordern. Nein, wir sind für geregelte Migration. Wir sind gegen die illegale Migration,

(Ulrich Singer (AfD): Dann machen Sie doch was dagegen!)

aber wir wollen in Deutschland weiterhin Menschen helfen, die in Not sind, und das in europäischer Solidarität. Eine Asylobergrenze von null zeigt Ihr Menschenbild.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Auch Ihre Forderung, europäische Zusammenarbeit zu beenden, zeugt von der Kurzfristigkeit Ihrer Lösungen; denn Flüchtlingspolitik kann nur gemeinsam mit Europa gestaltet werden. Wer glaubt, Grenzen innerhalb Europas komplett abschotten zu können und damit die Flüchtlingsproblematik zu lösen, der ist einfach nur auf einem Irrweg.

Aber nichtsdestoweniger sage ich ein paar Worte zu dem, was wir tatsächlich machen müssen: Erstaunlich ist, dass Frau Faeser die Dinge zwar erkannt hat, sie aber mit den GRÜNEN leider nicht durchsetzen kann. Man kommt immer wieder zu dem Schluss: Wenn man die Kommunen und die Bürger überlastet, braucht man irgendwann eine Grenze. Die ist bei uns erreicht. Die Kommunen sind absolut an den Belastungsgrenzen.

Mir macht es wahnsinnig Sorgen, dass Bürger, die mitten in der Gesellschaft stehen, inzwischen das Asylrecht insgesamt infrage stellen. Das ist nicht meine Aussage, sondern das ergibt eine Umfrage des Allensbach-Instituts. Deswegen sind hier Handlungen gefragt. Frau Faeser – das muss man sagen – hat die ersten Schritte in die richtige Richtung gemacht. Die GRÜNEN wollen wieder viel zu viele Ausnahmen.

Ich möchte eines sagen: Wenn man Asyl schützen will, dann fordere ich die GRÜNEN auf, endlich zu einer vernünftigen Asylpolitik zu kommen; denn wir helfen Flüchtlingen nur, wenn die Akzeptanz in der Bevölkerung und auch in den Kommunen weiter erhalten bleibt.

Ich fordere Sie auf – die FDP ist hier nur noch begrenzt vertreten –: Sie sind inzwischen eineinhalb Jahre mit Ihrer Rückführungsoffensive im Rückstand, fangen Sie damit endlich an. Dafür brauchen wir kein bayerisches Flugzeug, sondern machen Sie es einfach. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit

(Beifall bei der CSU)

und wünsche noch einen schönen Abend, wollte ich fast sagen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der Abend dauert noch ein bisschen. Herr Kollege, es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Hold von den FREIEN WÄHLERN.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Geschätzter Kollege Straub, ich knüpfe an das an, was Sie über Frau Faeser gesagt haben: Ich meine, man kann getrost Zweifel haben, ob der auf der Innenministerkonferenz am 8. Juni gefasste Beschluss der EU wirklich der historische Erfolg ist, als den die Bundesinnenministerin ihn verkauft hat. Man darf auch bezweifeln, ob überhaupt der Kompromiss eine nachhaltige Verbesserung der Asylpolitik bringt. Er ist noch am selben Tag von weiten Teilen der GRÜNEN und auch der SPD wieder zerpflückt worden.

Ich wage jedenfalls jetzt schon mal die Feststellung, dass die Kommunen nicht wirksam entlastet werden; aber Sie haben natürlich völlig recht: Eine wirksame Asylpolitik wird es sicherlich nicht mit dem geben, was die AfD hier verlangt. Die wird es erst geben, wenn es gelingt, ein einheitliches europäisches Recht zu schaffen, aber auch eines, das dann Mechanismen enthält, die tatsächlich dafür sorgen, dass alle EU-Staaten gezwungen sind, das verlässlich umzusetzen. Das sehe ich in dem Kompromiss nicht, und das sehe ich schon gar nicht in dem, was die AfD will.

Der Antrag will nämlich genau das Gegenteil und stellt irrwitzige Forderungen. Das haben Sie ganz richtig geschildert. Auch wir lehnen den Antrag ab. Nachdem Sie alles gesagt haben, was dazu zu sagen ist, kann ich auf mein Rederecht auch verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Hold, ich helfe immer sehr gerne aus, wenn keine Redezeit mehr vorhanden ist. Sie haben aber auch wichtige Punkte angesprochen. Wie Sie richtig sagen – das ist mir wichtig zu betonen –: Der Kompromiss innerhalb der EU ist leider Gottes nur ein kleiner Mini-Schritt, aber die Äußerungen,

die Frau Faeser in der Öffentlichkeit macht, gehen meines Erachtens doch in die richtige Richtung. Ich finde es schade, wenn eine SPD-Politikerin inzwischen tatsächlich auch das Schengen-Abkommen infrage stellt, obwohl es der letzte notwendige Schritt dann auch wäre, dies zu tun.

(Zuruf der Abgeordneten Alexandra Hiersemann (SPD))

– Doch, das hat sie getan. Sie hat gesagt: Wir müssen Schengen dann notfalls kündigen. Doch, das hat sie so erwähnt. Das war eindeutig die Frau Faeser, die das gesagt hat, Frau Hiersemann. Also, Sie können sich gleich selber hier noch äußern.

Herr Hold, ansonsten stimme ich Ihnen absolut zu, und das dürfte Sie wenig überraschen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Hallo, Herr Kollege Straub. Es gibt noch eine zweite Zwischenbemerkung. Herr Straub? – Herr Kollege Straub, kommen Sie bitte noch zum Rednerpult. Wir haben noch eine zweite Zwischenbemerkung von der – – Also gut, dann gibt es keine Zwischenbemerkung. Die Meldung war schon zu spät. Frau Hiersemann hat noch mal Redezeit. – Der nächste Redner ist der Kollege Toni Schuberl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Grundproblem der AfD-Politik ist die Zuschreibung von Eigenschaften aufgrund der Herkunft. Wer aus dem Ausland kommt, begehe automatisch Gewalttaten. Das zeigt sich auch bei diesem Antrag. Die AfD schwadroniert von Umvolkung, hetzt gegen Fremde und fordert Abschottung. Dies lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun die Kollegin Alexandra Hiersemann.

Alexandra Hiersemann (SPD): Herr Präsident, vielen Dank, darauf war ich jetzt nicht vorbereitet. Herr Kollege Hold, Respekt, den Trick kannte ich noch nicht. Das ist erstklassig.

Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag zeigt in vollem Ausmaß das Gedankengut der AfD, das sich gegen unsere verfassungsrechtlichen und gegen unsere rechtsstaatlichen Werte richtet. Insbesondere der Redner, Abgeordneter Graupner, hat in seiner Sprache auch sein Menschenbild und das Gesellschaftsbild, das Sie als AfD vertreten, sehr deutlich gemacht: Sie sprechen von Verteidigung, von Festung und vom Schließen von innereuropäischen Grenzen. – Das ist nämlich nicht Teil dieses EU-Kompromisses, von dem wir jetzt sprechen.

Sie sprechen so, als ob Sie Krieg gegen Flüchtlinge führen würden. Sie wollen, dass Deutschland sich nicht mehr an gemeinsamer europäischer Asylpolitik beteiligt, und Sie fordern damit den Bruch europäischer Vereinbarungen, weil Sie die Einigkeit Europas verhindern wollen.

Sie wollen Kinder und Jugendliche und ihre Eltern, die vor Krieg und Verfolgung und Hunger geflohen sind, am liebsten ohne Asylprüfung wegsperren. Sie wollen Lager für Flüchtlinge genau in den Krisenregionen, aus denen die Flüchtlinge vor Hunger, Folter und Verfolgung fliehen. Sie würden die Menschen am liebsten ins Meer werfen. Das haben wir ja schon oft bei den Anträgen wahrgenommen, die Sie hier stellen.

(Ulrich Singer (AfD): Frau Kollegin, das geht jetzt zu weit!)

All das hatten wir schon mal in Deutschland, nämlich zwischen 1933 und 1945. Dort finden sich die Vorbilder der AfD. Dort finden sich Ihre Vorbilder.

(Zurufe der Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD) und Ulrich Singer (AfD))

Mit Ihren Anträgen und mit Ihrer menschenverachtenden Haltung gegenüber Flüchtlingen gießen Sie Öl ins Feuer dieser schwierigen Situation,

(Beifall bei der SPD)

in der wir uns hier aufgrund des Krieges in der Ukraine bzw. des Krieges in Syrien und der Lage in Afghanistan befinden. Sie gießen Öl ins Feuer, und Sie schüren Ängste, weil Sie unsere Gesellschaft spalten wollen. Das nenne ich geistige Brandstiftung, und das ist geistige Brandstiftung.

(Ulrich Singer (AfD): Sie betreiben geistige Brandstiftung!)

Selbstverständlich lehnen wir Ihren Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Richard Graupner von der AfD-Fraktion.

Richard Graupner (AfD): Frau Hiersemann, Ihre Bemerkung mit der Zeit von 1933 bis 1945 ist eine unfassbare Entgleisung. Nachdem wir heute hier Diskussionen hatten, wie weit man in der demokratischen Auseinandersetzung gehen kann, müssten Sie sich jetzt eigentlich nach solchen Äußerungen in Grund und Boden schämen.

(Beifall bei der AfD)

Alexandra Hiersemann (SPD): Von Entgleisungen versteht die AfD mit Abstand am allermeisten in diesem Hause. Sie werden nicht ernsthaft erwarten, dass ich mich bei dem menschenverachtenden, zersetzenden, unseren Staat verachtenden Gedankengut, das Sie uns hier seit fast fünf Jahren präsentieren, vor Ihnen schämen würde!

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abgeordneten Uli Henkel (AfD) und Richard Graupner (AfD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Martin Hagen für die FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen ein bisschen Zeit einsparen, weil wir unser Konto überzogen haben und noch ein paar Tagesordnungspunkte zu diskutieren haben. Der Dringlichkeitsantrag der AfD ist eine gute Gelegenheit zum Zeitsparen.

Die Bundesregierung hat im Gleichklang mit den europäischen Innenministern gerade Eckpunkte für eine Reform vorgelegt, die das europäische Asylsystem vom Kopf auf die Füße stellt, die für einen wirkungsvollen europäischen Grenzschutz und für eine Steuerung und Kontrolle der Migration sorgt. Das heißt, wir sind dabei, das Problem zu lösen. Wir brauchen dabei keine Ratschläge von Rechtsaußen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/29330 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Busch. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.